

P2-130

Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018
in Hirschaid**

Initiator*innen: KV Starnberg (dort beschlossen am: 11.04.2018)

Titel: P2-130: Projekte zu Kapitel 2

Beschreibung

Von Zeile 129 bis 130 einfügen:

Analphabet*innen und Menschen, die nicht gut Deutsch lesen können, profitieren davon. Allein in Bayern leben etwa funktionale 700.000 Analphabet*innen.

zusätzliches Projekt:

Förderung der Friedensbildung

Auch ein friedliches Zusammenleben muss erlernt werden. Grundlagen dazu wollen wir in den Schulen legen. Aus diesem Grund wollen wir die Friedensbildung fächerübergreifend in den Schulen des Landes ausbauen. Das reicht von Maßnahmen der Gewaltprävention über die Beschäftigung mit friedens- und gewaltfördernden Strukturelementen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bis hin zur Auseinandersetzung mit friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen in einer globalisierten Welt. Dabei gilt es die bereits existierenden Angebote der Akteur*innen aus den Bereichen der Friedensbewegung und Friedenspädagogik sichtbarer zu machen und über sie zu informieren

Begründung

Es gilt, die bereits existierenden Angebote der Akteur*innen aus den Bereichen der Friedensbewegung und Friedenspädagogik sichtbarer zu machen und über sie zu informieren. Insbesondere Lehrer*innen soll damit der Zugriff auf thematische Materialien und Ressourcen vereinfacht sowie Beratung und Unterstützung bei ihrem Einsatz im Unterricht geboten werden.

Das gewaltfreie Zusammenleben in Schule und Gesellschaft ist ein hohes Gut und keineswegs selbstverständlich. Es bedarf dafür der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Formen von Gewalt, deren Ursachen und Entstehungsbedingungen.

Es bedarf ebenso der Erarbeitung von Strategien gegen Gewalt und der Entwicklung eines Bewusstseins davon, wie Menschen in ihrer Umgebung, in Deutschland und weltweit in Frieden zusammenleben können. Das Ringen um Antworten, das Bewusstwerden der eigenen Verantwortung und der eigenen Möglichkeiten, zum Frieden beizutragen, sowie die Förderung der eigenständigen Meinungsbildung haben in der Schule und in der außerschulischen Bildungsarbeit einen herausragenden Stellenwert.

Die abgeleiteten Handlungsfelder der Friedensbildung an Schulen umfassen ein breites Spektrum: Es reicht von Maßnahmen der Gewaltprävention über die Beschäftigung mit friedens- und gewaltfördernden Strukturelementen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bis hin zur Auseinandersetzung mit friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen in einer globalisierten Welt.

Seit dem 8. Juni 2010 gibt es auch in Bayern eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr (Wehrbereichskommando IV – Süddeutschland) zum Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen. Diese Vereinbarung ist laut Presseerklärung des Kultusministeriums ein „Angebot an die Gesellschaft“. Nach Auffassung des dort zitierten Generalmajors sind Jugendoffiziere „... ausgewiesene Experten in sicherheitspolitischen Fragen und für entsprechende Themen besonders gut geeignet. Sie können sehr gut auf die Schüler aller Bildungseinrichtungen eingehen und zum politischen Diskurs anregen ...“.

Leider fehlen in Bayern entsprechende Vereinbarungen des Kultusministeriums mit Akteur*innen aus dem Bereich der Friedensbewegung und –pädagogik, wie sie inzwischen etwa in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg existieren.